



Sahra Wagenknecht, 39: „DAX-Chefs sind wohl kaum eine Auslese von Leuten mit sozialem Gewissen“

„Muss es denn gleich Sozialismus sein, Frau Wagenknecht?“

Die Kommunistin | Warum Sahra Wagenknecht, Deutschlands bekannteste linke Politikerin, alle Banken verstaatlichen würde, Deutschbanker Josef Ackermann Moral abspricht und selbst noch nicht regieren will



„Bei Industriellen wie der Familie Quandt häuft sich das Geld, obwohl die ohnehin schon viel zu viel davon haben.“
Sahra Wagenknecht im Gespräch mit
€uro-Redakteur Mario Müller-Dofel

€uro: Frau Wagenknecht, mit wem würden Sie lieber über Wirtschaftspolitik streiten: mit Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann oder mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück?

Sahra Wagenknecht: Natürlich mit Herrn Ackermann.

€uro: Warum?

Wagenknecht: Weil das spannender wäre, als mit seinem Handlanger zu reden.

€uro: Wie bitte?

Wagenknecht: Deutschland wird doch viel stärker von Konzernchefs wie Herrn Ackermann regiert als von Politikern. Das ist traurig, aber wahr. Ich hätte natürlich nicht die Illusion, ihn von meinen Ansichten überzeugen zu können. Gäbe er mir recht, würde er die nächste Sitzung seines Aufsichtsrats beruflich wohl nicht überleben.

€uro: Allerdings organisiert Finanzminister Steinbrück die Bankenrettung in Deutschland. Er wettet auch lauthals gegen gierige Banker. Das klingt so gar nicht nach Handlanger.

Wagenknecht: Klappern gehört zum Geschäft. Dieser Bankenrettungsplan, mit dem Milliarden Euro Steuergeld verpulvert werden, ist mit den Verantwortlichen der Finanzkrise, allen voran Herrn Ackermann, abgestimmt und nach deren Wünschen gestrickt worden.

€uro: Sie fordern eine Verstaatlichung des gesamten deutschen Bankensystems. Aber es waren doch vor allem Institute in öffentlicher Hand wie die IKB, die Bayern LB und die Sachsen LB, die Milliarden an Volksvermögen verzockt haben. Wie können Sie denn da noch glauben, dass der Staat der bessere Banker ist?

Wagenknecht: Privatbanken wie die Hypo

Real Estate und die Commerzbank greifen sich mindestens so dicke Brocken am staatlichen Rettungsfonds wie die öffentlichen. Auch die IKB hatte mehrheitlich private Eigentümer. Richtig ist: Öffentliches Eigentum ist noch kein Garant für ein verantwortungsvolles Wirtschaften. Entscheidend ist, wie die Geschäfte reguliert und kontrolliert werden.

€uro: Was schlagen Sie vor?

Wagenknecht: Wir brauchen keinen privaten, sondern einen öffentlichen Finanzsektor, der per Gesetz auf regionale Wirtschaftsförderung, Mittelstandsfinanzierung und einen strikten Gemeinwohlaufrag festgelegt wird. Die Sparkassen sind da nur ein guter Anfang.

€uro: Die Commerzbank wurde Anfang Januar teilverstaatlicht. Ist die Bundesregierung damit auf dem richtigen Weg?

Wagenknecht: Bei der Commerzbank wurden über 18 Milliarden Euro Steuergeld in ein Institut gepumpt, das am Markt gerade noch mit etwas über drei Milliarden bewertet wird. Mit diesem gigantischen Einsatz hat der Staat lächerliche 25 Prozent an der Bank erworben. Das ist eine gnadenlose Verschleuderung von Steuergeld, mit dem letztlich keine Bankenrettung, sondern eine Bankenfusion mit der Dresdner Bank bezahlt wird, die Tausende Arbeitsplätze kostet.

€uro: Sie wollen eine Wirtschaftsordnung, in der „Menschen wichtiger sind als Renditen“. Klingt gut. Aber wie soll das funktionieren?

Wagenknecht: Deutschland hatte seit 2004 einen Konjunkturaufschwung, in dem die Konzernprofite explodiert, aber die Reallöhne gefallen sind. Das zu ändern ist eine Frage →



„Wir wollen die Profiteure der vergangenen Finanzmarktparty für den entstandenen Schaden haftbar machen.“

→ der Eigentumsverhältnisse und der Anreize. Heute werden Manager auf kurzfristige Profitsteigerungen orientiert, weshalb sie kaum Interesse daran haben, Arbeitsplätze zu schaffen. Für sie sind Aktienrückkäufe viel attraktiver als langfristige Realinvestitionen. Öffentliches Eigentum in Kernbereichen der Wirtschaft könnte neue Anreize und starke Mitspracherechte der Belegschaften bringen.

€uro: Brauchen wir nicht eher eine neue Moral, wie sie viele Politiker fordern? Warum muss es bei Ihnen gleich Sozialismus sein?

Wagenknecht: Würde Ackermann plötzlich die Moral entdecken, wäre er morgen seinen Job los. Solange Finanzinvestoren die Macht in Unternehmen haben, bleibt der Druck nach schnellen Renditen hoch. Wohin das führt, sehen Sie in den USA. Dort mästen Firmenchefs ihre Aktionäre seit Jahrzehnten, indem sie die Ausschüttungen ständig erhöhen, statt in neue Technologien und Arbeitsplätze zu investieren. Ein Resultat davon ist, dass die

US-Autobauer nun gegen die Wand fahren. Der entfesselte Kapitalismus, zu dem sich auch Europa hinentwickelt, ist sozial verheerend und produktionsfeindlich.

€uro: Gibt es Ihrer Ansicht nach eine angemessene Rendite? Ackermann hat seiner Bank ein Ziel von 25 Prozent gesetzt.

Wagenknecht: Die Zahl ist Irrsinn und ließ sich nur durch Spekulation realisieren. Firmen müssen genug Gewinn machen, um nachhaltig investieren zu können und nicht subventioniert werden zu müssen. Das sollte genügen. Ich finde es absurd, wenn etwa die Industriefamilie Quandt allein aus ihrem Anteil am Autobauer BMW jährlich über 300 Millionen Euro Dividende einstreicht. Da häuft sich das Geld bei Leuten, die ohnehin schon viel zu viel davon haben. Zugleich werden Arbeitsplätze vernichtet und Löhne gedrückt.

€uro: Die Quandts investieren auch.

Wagenknecht: Gerade BMW hat in den vergangenen Jahren die Dividende massiv

erhöht und Aktien zurückgekauft. Das überschüssige Geld fließt in die Finanzmärkte, wo es sich möglichst schnell vermehren soll. Hier liegt die Wurzel von Finanzblasen und -krisen.

€uro: Sie meinen, Konzernchefs hätten mehr Einfluss auf die deutsche Wirtschaftspolitik als der Bundestag. Wie kommen Sie darauf?

Wagenknecht: Im Europäischen Parlament erlebe ich täglich, wie massiv Wirtschaftslobbyisten in die Parlamentsarbeit eingreifen. Im Wirtschaftsausschuss, wo ich arbeite, sind die hinteren Reihen voll mit diesen Leuten. Und die Entscheidungen in der deutschen Politik zeugen davon, dass es dort ähnlich läuft. Die Agenda 2010 von Ex-Kanzler Schröder zum Beispiel war eins zu eins von Positionen der Industrieverbände BDI und BDA abgekupfert.

€uro: Haben Sie schon einmal das Gespräch mit DAX-Vorständen gesucht?

Wagenknecht: Nein.

€uro: Und warum nicht?

Wagenknecht: Ich bezweifle, dass das viel bringt. Wir brauchen Gesetze, die Eigentum so gestalten, dass es dem Gemeinwohlaufrag des Grundgesetzes dient statt nur dem Wohl der Aktionäre. Das erreiche ich nicht durch eine Missionierung der Manager, deren Job gerade darin besteht, es ihren Aktionären recht zu machen. Dass sich aber Politiker ebenso nur an den Interessen der oberen Zehntausend orientieren, ist der eigentliche Skandal.

€uro: Wie, glauben Sie, ticken Menschen, die DAX-Konzerne führen?

Wagenknecht: Das ist wohl kaum eine Auslese von Leuten mit sozialem Gewissen. Die wissen ja, dass sie ihre Millionengehälter auch dafür kassieren, dass sie Arbeitsplätze und soziale Existenzen zerstören. Dabei muss man erst mal gut schlafen können.

€uro: Hätten manche Konzerne in der Vergangenheit keine Stellen gestrichen, wären sie heute womöglich schon pleite.

Wagenknecht: Quatsch. Wenn sie heute pleitegefährdet sind, wie manche Banken, dann nicht, weil sie in den vergangenen Jahren zu wenige Leute rausgeschmissen hätten, sondern weil sie sich verspekuliert haben. Bei den Autokonzernen gingen die Entlassungswellen der vergangenen Jahre eiskalt mit Dividendenerhöhungen einher. Die hatten keine finanzielle Not, sondern wollten die Kosten drücken, um die Aktienkurse hochzutreiben.

€uro: Wie müsste ein Konjunkturprogramm aussehen, dem Sie zustimmen?

Wagenknecht: Die Linke will ein Pro-

gramm, das vor allem sozial Schwächeren und Geringverdienern zugutekommt. Wenn man allen Hartz-IV-Empfängern 100 Euro mehr im Monat gäbe, wäre das ein starker Kaufkraftschub, weil die sich sofort ein etwas besseres Leben leisten könnten. Das würde gerade mal sieben Milliarden Euro kosten. Auch wollen wir Geringverdiener steuerlich entlasten und zugleich die Profiteure der Finanzmarktparty für den entstandenen Schaden haftbar machen.

€uro: Wen haben Sie da im Visier?

Wagenknecht: Beispielsweise sollten alle Privatvermögen über einer Million Euro mit einer Millionärssteuer von zehn Prozent belastet werden. Das würde jährlich 200 Milliarden bringen. Damit ließe sich ein richtiges Konjunkturpaket schnüren, ohne neue Schulden zu machen, für die sonst doch wieder der kleine Mann bezahlen muss.

€uro: Und wenn sich die Millionäre mitsamt ihren Vermögen ins Ausland verzögen ...

Wagenknecht: ... kann man die Millionärssteuer um eine Wegzugsteuer ergänzen.

€uro: Sie möchten, dass die Linkspartei in der Opposition bleibt, statt Regierungspartei werden zu wollen. Könnten Sie an den Hebeln der Macht nicht mehr erreichen?

Wagenknecht: Sobald wir 51 Prozent der Wählerstimmen oder Partner mit ähnlichen Zielen im Parlament haben, bin ich natürlich fürs Regieren. Aber nicht als kleiner Koalitionspartner einer neoliberalen Partei wie der SPD. Das Grundproblem ist, dass heute im Bundestag außer der Linken nur noch eine Einheitspartei neoliberaler Prägung sitzt. Die Unterschiede zwischen CDU und SPD sind ja leider marginal geworden.

€uro: Angenommen, Sie würden eines Tages die politische Macht in Deutschland erlangen. Brächten Sie uns dann die DDR zurück?

Wagenknecht: So ein Unfug. Die Linke will eine Wirtschaft mit starkem öffentlichen Sektor und mehr staatlichem Eigentum bei Großunternehmen. Das heißt nicht zentrale Planwirtschaft! Die Leute wollen nicht die DDR zurück. Die ist 1989 gescheitert.

€uro: Anders gefragt: Gibt es eigentlich etwas, was Ihnen am Kapitalismus gefällt?

Wagenknecht: Kapitalismus heißt für mich, dass die gesamte Wirtschaft am Profit ausgerichtet wird. Daran sehe ich nichts Positives.

€uro: Vielen Dank für das Gespräch. 

Sahra Wagenknecht,

geboren am 16. Juli 1969 in Jena, trat kurz vor dem Mauerfall der SED bei, aus der die PDS und später die Linkspartei hervorgingen. 1990 bis 1996 studierte sie Philosophie sowie Deutsche Literatur und schloss mit einer Arbeit über Hegel und Marx ab. Seit 1991 gehört sie zur Leitung der „Kommunistischen Plattform“ der Linkspartei. Seit 2004 arbeitet Wagenknecht, die auch Vorstandsmitglied der Linken ist, im Europaparlament. 2009 will die 39-Jährige für den Bundestag kandidieren und ihre Promotion in Volkswirtschaft an der Uni Potsdam abschließen. Kürzlich erschien ihr Buch „Wahnsinn mit Methode. Finanzcrash und Weltwirtschaft“.

Das gesamte Interview lesen Sie im Internet unter www.euro-magazin.de.